

Interpellation Denoth-St.Gallen vom 26. September 2000
(Wortlaut siehe hinten)

Wo liegen die Wurzeln des Extremismus, insbesondere des Rechtsradikalismus?

Schriftliche Antwort der Regierung vom 24. Oktober 2000

Reto Denoth-St.Gallen erkundigt sich mit einer Interpellation, die er in der Septembersession 2000 eingereicht hat, nach den Wurzeln des Extremismus, insbesondere des Rechtsradikalismus.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Radikalismus als Randerscheinung am politischen Spektrum ist keine neue Erscheinung. Die politischen Auseinandersetzungen der Siebziger- und Achtzigerjahre waren durch den Linksextremismus geprägt. Dementsprechend war die Wachsamkeit des Staates vor allem auf die linke Szene ausgerichtet. Mit der Auflösung des kommunistischen Macht- und Wirtschaftssystems und dem Zusammenwachsen Europas wurde diesen Bewegungen der politische Nährboden entzogen. In der Folge, aber weitgehend unbemerkt oder in ihrer Gefährlichkeit unterschätzt, wuchs die rechtsradikale Szene. Negativ begünstigt wurde diese Entwicklung durch die wirtschaftliche Rezession der Neunzigerjahre, die in den Industriestaaten die Schere zwischen Arm und Reich wieder weiter öffnen liess. Arbeitslosigkeit und Perspektivenlosigkeit müssen als ein wesentlicher Grund für den Zulauf junger Leute zu extremen Gruppierungen, insbesondere zum Rechtsradikalismus, angesehen werden. Demzufolge sind alle Massnahmen im Bereich der Aus- und Weiterbildung zu fördern und zu unterstützen, welche die fachlichen und sozialen Kompetenzen junger Leute erweitern und ihre Flexibilität und damit ihre Vermittelbarkeit auf dem Arbeitsmarkt erhöhen. Spezielle Programme für aussteigewillige Rechtsextreme oder die Einrichtung einer Beratungsstelle für den Ausstieg sind, wie in der Beantwortung der Einfachen Anfrage 61.00.24 «Rechtsextremismus – jetzt ist rasches Handeln gefragt» dargelegt, bezogen allein auf den Kanton St.Gallen nicht nötig. Sie müssten vom Bund initialisiert und koordiniert werden.

Die Aussage, dass vor allem Oberstufenschüler für nationalsozialistisches Gedankengut empfänglich werden, ist zu verallgemeinernd. Die Regierung sieht, wie in der Begründung zum Nichteintretensantrag zum Postulat 43.00.12 «Rechtsextremismus im Kanton St.Gallen» und der Einfachen Anfrage 61.00.24 ausführlich dargelegt, keine Veranlassung, die Rahmenbedingungen für die Schulen grundsätzlich zu ändern. Zutreffend ist zwar, dass das Einstiegsalter in rechtsextreme Gruppierungen ähnlich wie beim Suchtverhalten kontinuierlich sinkt. Die Tatsache, dass gleichzeitig auch die Gewaltbereitschaft steigt, ist beunruhigend und gibt Anlass zu ernster Sorge. Sieht man aber von einem relativ kleinen harten Kern ab, sind diese Jugendlichen in der Regel nicht oder nur oberflächlich politisch motiviert. Entscheidend scheint zu sein, dass der hohe Organisationsgrad solcher Bewegungen, ähnlich wie bei Sekten, diesen jungen Leuten den vermeintlichen Halt gibt, den sie in unserer Gesellschaft offenbar vergeblich suchen. Für den wachsenden Zustrom spielen ohne Zweifel auch die höhere Mobilität und die fast grenzenlose Kommunikation über das Internet eine entscheidende Rolle. Beides führt nämlich dazu, dass sich Jugendliche mehr und mehr der elterlichen Kontrolle und Autorität entziehen können.

Die Biographie von rechtsextremen jugendlichen Delinquenten zeigt, dass sie in der Schule und privat unauffällig und kontaktscheu waren. Dies im Gegensatz zu den revoltierenden

Jugendlichen der Siebzigerjahre, deren Linkssympathien ein Protest gegenüber dem konservativen bürgerlichen Elternhaus war, der offen ausgetragen wurde. Rechtsextreme Jugendliche stammen oft aus einem Umfeld, das selber von einer latenten Fremdenfeindlichkeit bestimmt wird. Dasselbe gilt oft auch für das Klima am Arbeitsplatz. Was sich bei den Erwachsenen in Form von Intoleranz gegenüber Neuem und Fremdem äussert, manifestiert sich bei den Jugendlichen als Gewaltbereitschaft und Fremdenhass.

Schulisch betrachtet kann das Problem nicht einfach durch eine intensivere politische Bildung gelöst werden, denn es handelt sich weniger um eine Frage der mangelnden Information oder des fehlenden Sachwissens, als viel mehr um eine Frage der Werthaltungen. Sicher muss es Anlass sein, dass sich die Schule permanent mit der jüngeren Geschichte und ihren Auswirkungen auf die Gegenwart auseinandersetzt. Der entscheidende Ansatz liegt aber auf der Ebene der Stärkung der Selbst- und Sozialkompetenz der Jugendlichen. Der Volksschullehrplan misst diesen Kompetenzen die gleiche Bedeutung zu wie der Sachkompetenz. Diese Aufgabe kann die Schule aber nur gemeinsam mit den übrigen Erziehungsverantwortlichen lösen. Dies bedeutet, dass bei Jugendlichen, die Hilfe brauchen, immer auch das übrige gesellschaftliche Umfeld in die Beratung und Unterstützung einbezogen werden muss.

Die Regierung teilt die Auffassung des Interpellanten, dass die Bekämpfung des Rechtsradikalismus nicht allein Sache der Polizei sein kann, sondern dass nebst der Schule auch Bürger und Bürgerinnen, Kirchen und Parteien dazu aufgerufen sind. Die vorhandenen Instrumentarien sind ausreichend.

24. Oktober 2000

Wortlaut der Interpellation 51.00.65

Interpellation Denoth-St.Gallen: «Wo liegen die Wurzeln des Extremismus, insbesondere des Rechtsradikalismus?»

Während einer gewalttätigen und menschenverachtenden Auseinandersetzung zwischen 50 Skinheads und 80 Schwarzen im Zentrum der Stadt St.Gallen sind in der Nacht vom 26. auf den 27. August 2000 vier Personen verletzt worden. Die EVP verurteilt diese Gewaltaktion in aller Form. Dank dem professionellen und besonnenen Einsatz der aufgebotenen Sicherheitsorgane (Stadtpolizei verstärkt durch Einsatzkräfte der Kantonspolizei, der Feuerwehr und des Zivilschutzes) konnte ein Eskalieren der aggressiven Lage verhindert werden. 80 Prozent der vorübergehend eingebrachten Skins und 50 Prozent der Schwarzen sollen nicht aus der Stadt St.Gallen stammen.

Wurden die bisher in der Presse publizierten Vorfälle mit rechtsextremen Skins in der Ostschweiz immer als Einzelfälle dargestellt und abgetan, so wird die Lage nun plötzlich als beängstigend und aggressiv eingestuft, zumal der Organisationsgrad hoch und das schnelle <Truppenaufgebot> Gleichgesinnter beeindruckend gewesen sei. Gemäss Pressemitteilung teilt die Regierung die Auffassung, dass der Rechtsextremismus markant zugenommen hat und die in der rechtsextremen Szene organisierten Anhänger immer gewaltbereiter und jünger werden.

Es kann sicher nicht allein Sache der Polizei sein, gegen die Auswüchse der Fremdenangst, die sich in einer fremdenfeindlichen Grundhaltung oder stärker sich im Radikalismus und in rassistischen Anwürfen manifestieren, anzukämpfen, sondern auch Bürger und Bürgerinnen, Kirchen und Parteien sind dazu aufgerufen.

In diesem Zusammenhang bitte ich die Regierung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Woran kann es liegen, dass vor allem Oberstufenschüler für das Gedankengut eines nationalsozialistischen Diktators, der Europa in Schutt und Asche legte und der für den Holocaust verantwortlich war, empfänglich werden?
2. Kann es sein, dass vor allem Jugendliche eine <feste Struktur> suchen, weil sie dies in der Erziehung (im Elternhaus und oder in der Schule) vermissen und ihnen keine Grenzen mehr gesetzt werden oder kann es auch am politischen <Zeitgeist> liegen? Gibt es andere Gründe?
3. Sieht die Regierung insbesondere im Schulbereich Handlungsbedarf, um präventiv wirken zu können? Wenn Ja, welcher?
4. Wie beurteilt die Regierung die Möglichkeit, betroffenen Eltern und Jugendlichen professionelle Hilfe anzugedeihen (wie beispielsweise in Schweden oder Norwegen)? Welche Voraussetzungen müssten dazu geschaffen werden?»

26. September 2000